KREISTAGSFRAKTION

Antrag

Antragsteller	Datum
Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	01.12.19

Beratung im	öffentlich/nicht öffentlich	am
Kreisausschuss	öffentlich	05.12.2019
Kreistag		12.12.2019

Betreff

Einrichtung einer Personalstelle „Artenschutz“, Untere Landschaftsbehörde des Kreises Soest

Beschlussantrag/Anfrage

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, in den Doppelhaushalt im Bereich der Unteren Landschaftsbehörde eine ganze Personalstelle für den Artenschutz einzuplanen. Einzustellen sind jährlich 50.000 Euro.

Begründung

Die Dramatik ist kaum zu überbieten. Einerseits heißt es im Magazin Der Spiegel vom 6. Mai dieses Jahres: „Laut einem neuen Bericht des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) sind eine Million Arten in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vom Aussterben bedroht, wenn es zu keinen grundlegenden Änderungen bei der Landnutzung, beim Umweltschutz und der Eindämmung des Klimawandels kommt. Allein die vom Menschen verursachte Erderhitzung könnte rund fünf Prozent der Arten auslöschen, wenn der Schwellenwert von zwei Grad Celsius globaler Temperaturerhöhung überschritten werde. Als wichtigsten Faktor des Artensterbens benennt der Bericht die Auswirkungen durch die Landwirtschaft.“

Wegen des ökologisch schlechten Zustands von Wiesen, Weiden und damit des Grundwassers steht Deutschland seit langem im Focus der Kritik der EU und sieht sich Klageverfahren ausgesetzt.
Andererseits sieht sich die Landwirtschaft existentiell durch Maßnahmen der Bundesregierung zum Artenschutz bedroht und fordert mindestens deren Auflockerung. Der Treck der Trecker und der „Brandbrief“ des WLV unterstreichen die Brisanz des Themas.
Bereits das zeigt, dass jetzt massiver Handlungsbedarf da ist, um hier vor Ort die Interessen gegeneinander abzuwägen und zu Kompromissen zu kommen, die die Landwirtschaft leben lassen, aber auch dem Artensterben Einhalt gebieten.

Wir stellen uns einen Artenschutzbeauftragten vor, der sich als Berater auch mit solchen Fragen wie der Vereinbarkeit von Artenschutz in der Landwirtschaft und der Wirtschaftlichkeit befassen und in solchen Konflikten vermitteln können. Es geht uns also nicht eine Eingriffsverwaltung, die mit Bußgeldern um sich wirft, sondern um eine Zusammenarbeit zum Wohl aller.

Wir können nicht warten, bis sich irgendwann ein Fördertopf auftut und erst dann handeln. In der Begründung zu den Mehrstellen im Stellenplan heißt es mehrfach, es gebe ein Vollzugsdefizit bei gesetzlichen Aufgaben, die die Mehrstellen erzwingen, weil sonst ein Haftungsrisiko in Form eines Organisationsverschuldens drohe. Da es Aufgabe des Kreises - hier der unteren Landschaftsbehörde - ist, die Natur in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erhalten und möglichst zu verbessern.

Das gelingt jedoch nicht, siehe Artenschutzbericht, es gibt also auch hier ein Vollzugsdefizit. Es gibt allerdings keinerlei Sorge um irgendein Haftungsrisiko, denn die Natur klagt nicht, sie stirbt nur lautlos. Um dem nicht tatenlos zuzusehen, stellen wir diesen Antrag.

Die Bürger im Kreis Soest, aber auch die Städte und Gemeinden werden unseres Erachtens Verständnis haben für diese Mehrausgaben, auch wenn sie im Haushaltsentwurf nicht eingepreist sind.

Im Haushalt sind für die Jahre 2020 und 2021 jeweils 50.000 einzustellen.

Sollte eine externe Förderung doch erfolgen, umso besser.

Ilona Kottmann-Fischer	**Ulrich Vennemann**
- Fraktionssprecherin -	- Kreistagsmitglied -